

# 1. Einleitung

„L'Europe sera culturelle ou elle ne sera pas.“  
(André Glucksmann)<sup>1</sup>

## 1.1 Einführung in das Thema

Die Europäische Union befindet sich in einer der wichtigsten Phasen ihrer bisherigen Geschichte. Mit der bereits erfolgten Erweiterung um zehn Mitglieder im Mai 2004 und der geplanten Aufnahme von weiteren zwei Ländern 2007 sowie einer eventuellen Aufnahme der Türkei wird sich die Anzahl der EU-Länder fast verdoppeln, die Bevölkerungszahl wächst um insgesamt ca. 105 Millionen Einwohner, bei Aufnahme der Türkei sogar deutlich mehr.<sup>2</sup> Dies stellt somit die bisher größte Erweiterungsrunde der EU dar. Die dabei entstehenden Probleme werden vor allem unter wirtschaftlichen Aspekten diskutiert. Die Wirtschaftskraft praktisch aller Beitrittskandidaten liegt weit unter dem EU-Durchschnitt, entsprechend gibt es ein enormes Wohlstandsgefälle.<sup>3</sup> Zudem handelt es sich bei den meisten Ländern um ehemalige sozialistische Planwirtschaften, die erst in einem schwierigen und größtenteils immer noch nicht abgeschlossenen Transformationsprozess marktwirtschaftliche und demokratische Strukturen installiert haben. Erst seit der Diskussion um einen Beitritt der Türkei geraten auch kulturelle Fragen verstärkt ins Zentrum der Aufmerksamkeit (Wehler 2002; Winkler 2002; Gerhards 2004).

Gleichzeitig befindet sich die Europäische Union vor allem seit den neunziger Jahren des letzten Jahrhunderts bzw. mit dem Vertrag von Maastricht in einem Stadium der intensivierten Vertiefung.<sup>4</sup> Auch diese war zunächst auf der wirtschaft-

---

<sup>1</sup> Aus einem Vortrag auf einem Madrider Kongress über den Kulturraum Europa 1986 (zitiert nach Thadden 1991: 508, FN 39).

<sup>2</sup> Bei den 2004 aufgenommenen Ländern handelt es sich um Estland (1,4 Mio. Einwohner), Lettland (2,4 Mio.), Litauen (3,7 Mio.), Malta (0,4 Mio.), Polen (38,7 Mio.), Slowakei (5,4 Mio.), Slowenien (2 Mio.), Tschechische Republik (10,3 Mio.), Ungarn (10,1 Mio.) und Zypern (griechischer Teil, 0,7 Mio.). 2007 folgen vermutlich Bulgarien (8,3 Mio) und Rumänien (22,5 Mio.). Die Türkei hat aktuell 67,6 Mio. Einwohner. Kroatien wird hier nicht berücksichtigt, da die Aufnahme von Verhandlungen erst nach Fertigstellung des Manuskriptes beschlossen wurden.

<sup>3</sup> Siehe hierzu etwa Heidenreich (2003). Zum Problem des Wohlstandsgefälles als solches siehe Vobruba (1995).

<sup>4</sup> Zum Problem der Dialektik von Integration und Erweiterung Vobruba (2001; 2003; 2005) und die dazugehörige Debatte im Journal of European Social Policy.

lichen Ebene erfolgreich. So trat der europäische Binnenmarkt mit den vier Freiheiten für Waren, Dienstleistungen, Personen und Kapital Anfang 1993 in Kraft, 1999 wurde mit der Einführung des Euro als gemeinsamer Währung begonnen. Darüber hinaus wurden in Maastricht aber die bisher bestehenden und praktisch allein auf die ökonomische Zusammenarbeit und Koordination ausgerichteten Europäischen Gemeinschaften um zwei weitere Säulen zur EU ergänzt. Dabei handelt es sich um eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik sowie die Zusammenarbeit in der Innen- und Rechtspolitik. Daraus ergibt sich eine Erweiterung im inhaltlichen Sinne auf Bereiche jenseits der Wirtschaft, was nicht ohne Folgen bleibt. In den nun ebenfalls zum Aufgabenbereich der EU zählenden Themengebieten spielen verstärkt auch Werte eine Rolle. Entsprechend bezeichnet sich die EU in der neuen Verfassung, die den Länderparlamenten zur Ratifizierung vorliegt, mittlerweile als „Wertegemeinschaft“.<sup>5</sup> So heißt es in Artikel I-1 (2): „Die Union steht allen europäischen Staaten offen, die ihre Werte achten und sich verpflichten, sie gemeinsam zu fördern“ (Europäische Union 2004).

Spätestens damit ist explizit geworden, dass die Europäische Integration in mindestens zwei Bereichen eine kulturelle Komponente hat.<sup>6</sup> Erstens sind die nationalen kulturellen Traditionen eine wichtige Grundlage für Kompromisse auf europäischer Ebene. Zentrale Entscheidungen werden innerhalb der EU immer noch einstimmig von den Staatsoberhäuptern beschlossen. Diese sind aber im „dynamischen Mehrebenensystem“ der EU (Jachtenfuchs und Kohler-Koch 1996b) vor allem an ihre nationalen Politiken gebunden, über die sie sich legitimieren. Insofern sind sie nicht nur selbst kulturell durch den nationalen Horizont geprägt, sondern müssen auch dezidiert Rücksicht auf diesen nehmen, wollen sie nicht ihre Wiederwahl bzw. die der eigenen Partei gefährden (Caplan 2003; Schuster und Vaubel 1996: 187).<sup>7</sup> Vor allem aber sind die Beschlüsse und Organisationen der EU darauf angewiesen, dass sie von den Bevölkerungen der Mitgliedsländer akzeptiert werden, da ihre Umsetzung ansonsten nicht effektiv gelingen kann.

Zweitens wird die Herausbildung einer europäischen Identität als zentrale Voraussetzung für das Gelingen der Integration angesehen.<sup>8</sup> „Many feel the EU can

---

<sup>5</sup> Insgesamt ist die Einrichtung eines Verfassungskonvents und die Verabschiedung einer Verfassung durch die Regierungschefs selbst ein Indiz für die enormen Fortschritte, die die europäische Integration in den letzten Jahren gemacht hat.

<sup>6</sup> Ein dritter Bereich, die gemeinsame Kulturpolitik der EU, ist bisher noch wenig entwickelt und sieht selbst dort, wo sie aktiv wird, die nationalen Kulturen als vorrangig an, auch wenn ein „kulturelles Erbe Europas“ erwähnt wird (vgl. Art. I-3 (3) des Verfassungsvertrages (Europäische Union 2004)).

<sup>7</sup> Es gibt zwar eine ganze Reihe von Ansätzen, die von der zentralen Rolle der Eliten ausgehen, generell ist bei zunehmenden Kompetenzen der EU aber mit verstärktem Interesse auch von Seiten der ‚gemeinen‘ Bürger und erhöhter Notwendigkeit der Legitimierung durch diese zu rechnen. Eine ähnliche Verschiebung der Perspektive beschreibt Schmitt-Beck (2000: 387).

<sup>8</sup> Die Frage nach einer kulturellen Identität Europas wurde prominent vor allem von Lepsius gestellt (1997; 1999). Er ist allerdings eher skeptisch, was die Herausbildung einer solchen angeht. Gerhards

attain democratic legitimacy only if a European demos with a collective identity takes shape" (Fuchs und Klingemann 2002: 2; mit Verweis auf Kielmansegg 1996; Scharpf 1999). Eine solche Identität ist aber nach Ansicht der meisten Autoren auf eine gemeinsame kulturelle Basis angewiesen: „Mit dem ökonomischen Zusammenwachsen Europas stellt sich in zunehmendem Maße das Problem, gemeinsame europäische Entscheidungen zu treffen, eine europäische Solidarität zu entwickeln und dabei aus einer kulturellen Identität mit gemeinsamen Werthaltungen und Weltansichten schöpfen zu können“ (Münch 1993: 12).<sup>9</sup> Gespeist wird diese Basis nach Ansicht vieler Autoren durch ein einheitliches europäisches Erbe, welches meist als bestehend aus griechischer Antike, römischem Recht, Christentum (inklusive Reformation), Renaissance und Aufklärung beschrieben wird (Schwanitz 2000; Seibt 2002; Immerfall 1995). Wieweit dieses Erbe aber jeweils reicht, sowohl in zeitlicher und inhaltlicher als auch in geographischer Hinsicht, bleibt meist empirisch unbestimmt.

Wie weit eine europäische Kultur eventuell reicht, wurde besonders seit dem Zusammenbruch des Ostblocks relevant. Die Europäische Union hat mit den Veränderungen in Osteuropa ihre bisherige östliche Grenze verloren, ohne dass eine neue, „natürlichere“ Grenze in Sicht wäre.<sup>10</sup> „Zu Zeiten der Montanunion in den fünfziger Jahren und noch zu Zeiten des gemeinsamen Marktes bis ans Ende der achtziger Jahre hat sich niemand die Frage stellen müssen, wo denn die Grenzen Europas im Osten liegen; heute dagegen wird ernsthaft debattiert, ob nicht auch Teile des Balkans, ob eines Tages die Türkei oder gar Rußland, die Ukraine und Belarus zur EU gehören sollen“ (Schmidt 2000: 195). Vor dem Hintergrund der bereits durchgeführten und noch geplanten Erweiterung stellt sich also die Frage nach kulturellen Gemeinsamkeiten und Unterschieden in den beiden oben erwähnten Bereichen der europäischen Institutionen und der Identität in verschärfter Form. Während die europäischen Institutionen von den westeuropäischen Ländern in einem historischen Prozess innerhalb der letzten fünfzig Jahre langsam erst etabliert und mehr oder weniger in das Selbstbild integriert wurden, musste dies in den Beitrittsländern innerhalb sehr kurzer Zeit geschehen. Zwar sind in allen Ländern

---

empfeht, statt von „Identität“ zu sprechen, besser den Begriff der „Identifikation“ zu verwenden (2003).

<sup>9</sup> Ähnlich Stefan Immerfall: „Ohne einen gesicherten gesellschaftlichen Unterbau, ein Mindestmaß an gemeinsamen Wertvorstellungen und Lebenswirklichkeiten, ist ein Zusammenwachsen Europas, gar eine gemeinsame europäische Identität, kaum denkbar“ (1997: 139).

<sup>10</sup> Es gibt eine Vielzahl von Bezeichnungen und Unterscheidungen für die hier unter „Osteuropa“ subsumierten Länder, etwa Mittel-Ost-Europa (MOE), dazu die südosteuropäischen Staaten etc. Zusätzlich ist darauf hinzuweisen, dass es sich nicht bei allen Beitrittskandidaten (Malta, Zypern und die Türkei) um ehemals sozialistische Länder handelt. Der Einfachheit halber wird aber meist der Begriff „Osteuropa“ bzw. „osteuropäisch“ verwendet (vgl. Reiter 2000).

der ersten Beitrittsrunde<sup>11</sup> Demokratie und Marktwirtschaft mittlerweile installiert, was nach den Kopenhagener Kriterien überhaupt zu den zentralen Aufnahmebedingungen zählt.<sup>12</sup> Doch die alleinige Übernahme der entsprechenden Strukturen genügt nicht. So weist Rüdiger Schmitt-Beck für die Demokratie im Anschluss an die Politische Kultur-Forschung darauf hin, dass „auch in den Orientierungen der breiten Bevölkerung gegenüber ihrem politischen System eine wichtige Dimension der demokratischen Konsolidierung zu sehen“ ist (2000: 387). Inwieweit sich hier in Osteuropa bisher noch sozialistische Vorstellungen erhalten haben, ist eine vielschichtige Frage (vgl. z.B. Fuchs und Klingemann 2002; Delhey 2001). So kommen etwa Fuchs und Roller zu dem Ergebnis, dass „the consolidation of liberal democracy in Central and Eastern Europe is still far from complete, and the outcome of the process is still open“ (1998: 64).

Auch der Aspekt einer gemeinsamen Identität wird vor dem Hintergrund der Osterweiterung wichtiger denn je, sieht man sie als Grundlage einer europäischen Solidarität (Scharpf 1999). Das enorme Wohlstandsgefälle zwischen den bisherigen Mitgliedern und den Beitrittskandidaten wird zu weitreichenden Verschiebungen im ökonomischen Gefüge beider Gruppen führen (vgl. Heidenreich 2003; Vobruba 1995). Für die westeuropäischen Länder ergibt sich eine stärkere finanzielle Belastung, vor allem wenn man das Ziel der EU, innerhalb ihrer Mitglieder annähernd gleiche Lebensstandards zu gewährleisten, ernst nimmt.<sup>13</sup> So werden in Zukunft z.B. viele EU-Fördergelder nunmehr nach Osteuropa fließen, bisherige Nettoempfänger werden zu Nettozahlern.<sup>14</sup> Schon im Vorfeld wurden im Rahmen einer Heranführungsstrategie verschiedene Programme (Phare, ISPA, SAPARD) aufgelegt, die finanzielle Mittel der EU zur Unterstützung der Transformationsstaaten umlenkten. Auch die Öffnung des Arbeitsmarktes wird, vor allem von den Anrainerstaaten, als mögliches Problemfeld für die einheimischen Arbeitskräfte gesehen.

Die Anpassungskosten für die Beitrittskandidaten dürften nicht unbedingt geringer ausfallen. Die Übernahme des *Acquis Communautaire*, des Regelwerks der EU, innerhalb kürzester Zeit hat ihnen enorme Kraftakte abverlangt. Eine soziale Abfederung mit Hilfe eines verzögerten Übergangs zur Marktwirtschaft war somit

<sup>11</sup> Dies sind Estland, Lettland, Litauen, Polen, die Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn sowie die beiden südeuropäischen Länder Malta und Zypern (griechischer Teil).

<sup>12</sup> „Nach den Bestimmungen von Kopenhagen erfordert die Mitgliedschaft, dass das beitriftswillige Land folgende Voraussetzungen erfüllt: - Stabilität der Institutionen, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte sowie Achtung und Schutz von Minderheiten; - Die Existenz einer funktionierenden Marktwirtschaft, die dem Wettbewerbsdruck und den Marktkräften standhält; - Fähigkeit zur Übernahme der Pflichten der Mitgliedschaft, einschließlich dem Einverständnis mit den Zielen der Politischen Union sowie der Wirtschafts- und Währungsunion“ (Kommission 2002b: 8).

<sup>13</sup> Dieses Ziel findet sich z.B. in der Präambel des EG-Vertrages (Läufer 1999: 54).

<sup>14</sup> Vgl. Heidenreich (2003, FN 2). Vor allem ostdeutsche, nordspanische sowie englische, finnische, italienische und griechische Regionen sind betroffen. In den Erweiterungsrunden haben sich allerdings einige Länder ihre Zustimmung erkaufen lassen, indem die regionalen Förderungen für eine bestimmte Zeit auch nach dem Beitritt festgeschrieben wurden.

nicht möglich, wollte man die Chancen eines möglichst zügigen Beitritts nicht verpassen. Da die Produktivität in fast allen Bereichen der Industrie immer noch weit unterhalb des EU-Durchschnitts liegt, droht mit der Freigabe der Märkte ein ähnlicher Verdrängungsprozess, wie er stellenweise bereits in Ostdeutschland zu beobachten war.<sup>15</sup>

Damit vor dem Hintergrund der skizzierten Entwicklungen die Europäische Integration weiterhin erfolgreich verlaufen kann, wäre das Vorhandensein einer „umverteilungsfesten europäischen Identität“ (Vobruba 2001: 116) ausgesprochen hilfreich. Das Argument hierfür läuft dabei wie folgt: Vor allem in den Transformationsländern ist zwar für die Mehrheit der Bevölkerung langfristig ein Nutzen durch den Beitritt zu erwarten, kurzfristig gibt es aber eine ganze Reihe von Verlierern.<sup>16</sup> Die auftretenden „sichtbaren Kosten“ (ebd.: 123) sind relativ leicht der EU zuzuschreiben, was zu einer wachsenden Ablehnung ihrer Institutionen führt.<sup>17</sup> Besonders problematisch wird dies, wenn sich die Unzufriedenheit regional, vor allem auf Länderebene, konzentriert (Heidenreich 2003). Ein möglicher Puffer ist die oben bereits beschriebene finanzielle Abfederung des Transformationsprozesses, vor allem durch sozialpolitische Maßnahmen auf nationaler und europäischer Ebene. Dabei ist die gemeinsame Identität ein entscheidender Faktor: „Wenn es um die Zustimmung zu transnationaler sozialpolitischer Umverteilung geht, kommt es auf das Zusammengehörigkeitsgefühl der Leute selbst an“ (Vobruba 2001: 131). Eine gemeinsame Identität wird dabei als Grundlage einer europaweiten Solidarität gesehen: „Die bislang auf den Nationalstaat beschränkte staatsbürgerliche Solidarität muß sich auf die Bürger der Union derart ausdehnen, dass beispielsweise Schweden und Portugiesen bereit sind, füreinander einzustehen“ (Habermas 1998: 150). Diese Sichtweise schließt an klassische Positionen an. So sah Durkheim in den modernen Gesellschaften aufgrund zunehmender Arbeitsteilung die mechanische Solidarität der vormodernen Stammesgesellschaften zunehmend durch eine organische Solida-

---

<sup>15</sup> Die Situation ist hier allerdings anders zu bewerten, da mit der alten Bundesrepublik ein Partner zur Seite stand, der zumindest einen Großteil der sozialen Kosten auffangen konnte.

<sup>16</sup> Vobruba unterscheidet, allerdings mit Bezug auf die Globalisierung, insgesamt vier Typen: Kurz- und langfristige Gewinner; kurzfristige Gewinner, die aber langfristig verlieren; kurzfristige Verlierer, die langfristig gewinnen und schließlich kurz- und langfristige Verlierer (2001: 58 ff.). Sie alle verlangen bestimmte Strategien (vgl. ebd.).

<sup>17</sup> Ob dies immer gerechtfertigt ist, oder ob es sich nicht evtl. um notwendige Anpassungen nach den Versäumnissen des realen Sozialismus handelt, spielt dabei keine Rolle. Aber auch in Westeuropa besteht eine ähnliche Tendenz: „Es ist zur Zeit in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union üblich, Kürzungen von Sozialleistungen mit dem Hinweis auf die Maastricht-Kriterien zu rechtfertigen“, und gleichzeitig ist die EU aufgrund ihrer geringen Kompetenzen nicht in der Lage, „auf die Sparpolitik so Einfluß zu nehmen, daß die Akzeptanz der weiteren europäischen Integration so wenig Schaden wie möglich nimmt“ (Vobruba 2001: 106 f.). In den Transformationsländern mit einem bisher wenig etablierten Parteiensystem und der gleichzeitigen Erfahrung bisher großer sozialer Sicherheit haben populistische Politiker natürlich eine zusätzlich erhöhte Chance, durch die Thematisierung dieser Probleme Wähler zu mobilisieren.

rität der Menschen ersetzt (Durkheim 1999; vgl. auch Münch 1997; Münch 2002). Diese Solidarität gründet auf gemeinsam geteilten Werten: „Bei Durkheim wird wie bei Weber die soziale Einheit durch den Individuen inkultierte und schließlich von ihnen geteilte und assimilierte Werte gewährleistet“ (Boudon und Bourricaud 1992: 658). Ob eine solche gemeinsame Identität und Solidarität aber vorhanden ist, wird für Europa eher skeptisch gesehen. Die meisten Autoren gehen davon aus, dass sie sich in einem langfristigen Prozess auf der Grundlage vorhandener struktureller und kultureller Gemeinsamkeiten erst entwickeln wird.

Demnach spielen kulturelle Aspekte für den europäischen Integrationsprozess eine wichtige Rolle. Kulturelle Homogenitäten und Heterogenitäten zwischen und innerhalb der Länder Europas werden dabei Chancen bieten, aber auch Probleme bereiten. Ohne die Kenntnis und Berücksichtigung derselben werden sich die Integrationsbemühungen zusätzlich erschweren. „A (...) highly important reason for surveying values in Europe was the knowledge that diverging or even contrasting values in the various European countries could hamper the further unification of Europe“ (Halman 2001: 2). Die Analyse europäischer Kultur und ihrer Gemeinsamkeiten und Differenzen ist daher nicht nur ein ausgesprochen interessantes, sondern auch ein gesellschaftlich relevantes Forschungsfeld.<sup>18</sup> Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund der zunehmenden Bedeutsamkeit von Kultur (vgl. etwa Huntington 1997). Daran schließt sich folgende plausible Vermutung an: Kulturelle Heterogenität erschwert die europäische Integration, während kulturelle Homogenität sie erleichtert. Sicherlich ist Kultur nicht der einzige, vermutlich nicht einmal der wichtigste Faktor (z.B. Heidenreich 2003: 4). Dennoch liegt Mickel nicht ganz falsch, wenn er behauptet: „Die zentrale Bedeutung von *gemeinsamen Normen* für die Vertiefung und Ausweitung der europäischen Einigung ist unbestritten. Die Akzeptanz *gemeinsamer Werte* ist die Voraussetzung für einverständiges Handeln und bildet die Basis für europäisches Verstehen und Entscheiden. Werte sind Bestandteile von Kulturen und Grundlagen für das Entstehen von Loyalitäten und nationalen wie internationalen (Gruppen)-Zugehörigkeiten.“ (Mickel 1997: 14, Hervorhebungen im Original).

Ausgehend von diesen Überlegungen analysiert die vorliegende Studie kulturelle Gemeinsamkeiten und Unterschiede im europäischen Vergleich. Es wird der Frage nachgegangen, ob und in welchem Maße die neuen Mitgliedsländer und die Beitrittskandidaten der EU im Bereich der Wirtschaft kulturell zu den Kernmitgliedern passen. Die Frage der kulturellen Passung setzt die Definition eines normativen Bezugspunktes voraus. Dazu wird in einem ersten Schritt das kulturelle Selbst-

---

<sup>18</sup> So schreibt Höhmann mit Blick auf die Transformationsländer: „Gerade in einer Phase, die von verbreiteter Rechtsunsicherheit und der Dominanz informeller Strukturen geprägt ist, sind fundierte Informationen über die verhaltensmäßigen und motivationalen Grundlagen der im Osten Europas entstehenden Marktwirtschaften für alle westlichen Akteure in Politik und Wirtschaft von großem Nutzen“ (1999b: 23).

rität der Menschen ersetzt (Durkheim 1999; vgl. auch Münch 1997; Münch 2002). Diese Solidarität gründet auf gemeinsam geteilten Werten: „Bei Durkheim wird wie bei Weber die soziale Einheit durch den Individuen inkulkierte und schließlich von ihnen geteilte und assimilierte Werte gewährleistet“ (Boudon und Bourricaud 1992: 658). Ob eine solche gemeinsame Identität und Solidarität aber vorhanden ist, wird für Europa eher skeptisch gesehen. Die meisten Autoren gehen davon aus, dass sie sich in einem langfristigen Prozess auf der Grundlage vorhandener struktureller und kultureller Gemeinsamkeiten erst entwickeln wird.

Demnach spielen kulturelle Aspekte für den europäischen Integrationsprozess eine wichtige Rolle. Kulturelle Homogenitäten und Heterogenitäten zwischen und innerhalb der Länder Europas werden dabei Chancen bieten, aber auch Probleme bereiten. Ohne die Kenntnis und Berücksichtigung derselben werden sich die Integrationsbemühungen zusätzlich erschweren. „A (...) highly important reason for surveying values in Europe was the knowledge that diverging or even contrasting values in the various European countries could hamper the further unification of Europe“ (Halman 2001: 2). Die Analyse europäischer Kultur und ihrer Gemeinsamkeiten und Differenzen ist daher nicht nur ein ausgesprochen interessantes, sondern auch ein gesellschaftlich relevantes Forschungsfeld.<sup>18</sup> Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund der zunehmenden Bedeutsamkeit von Kultur (vgl. etwa Huntington 1997). Daran schließt sich folgende plausible Vermutung an: Kulturelle Heterogenität erschwert die europäische Integration, während kulturelle Homogenität sie erleichtert. Sicherlich ist Kultur nicht der einzige, vermutlich nicht einmal der wichtigste Faktor (z.B. Heidenreich 2003: 4). Dennoch liegt Mickel nicht ganz falsch, wenn er behauptet: „Die zentrale Bedeutung von *gemeinsamen Normen* für die Vertiefung und Ausweitung der europäischen Einigung ist unbestritten. Die Akzeptanz *gemeinsamer Werte* ist die Voraussetzung für einverständiges Handeln und bildet die Basis für europäisches Verstehen und Entscheiden. Werte sind Bestandteile von Kulturen und Grundlagen für das Entstehen von Loyalitäten und nationalen wie internationalen (Gruppen)-Zugehörigkeiten.“ (Mickel 1997: 14, Hervorhebungen im Original).

Ausgehend von diesen Überlegungen analysiert die vorliegende Studie kulturelle Gemeinsamkeiten und Unterschiede im europäischen Vergleich. Es wird der Frage nachgegangen, ob und in welchem Maße die neuen Mitgliedsländer und die Beitrittskandidaten der EU im Bereich der Wirtschaft kulturell zu den Kernmitgliedern passen. Die Frage der kulturellen Passung setzt die Definition eines normativen Bezugspunktes voraus. Dazu wird in einem ersten Schritt das kulturelle Selbst-

---

<sup>18</sup> So schreibt Höhmann mit Blick auf die Transformationsländer: „Gerade in einer Phase, die von verbreiteter Rechtsunsicherheit und der Dominanz informeller Strukturen geprägt ist, sind fundierte Informationen über die verhaltensmäßigen und motivationellen Grundlagen der im Osten Europas entstehenden Marktwirtschaften für alle westlichen Akteure in Politik und Wirtschaft von großem Nutzen“ (1999b: 23).

verständnis der EU aus dem Primär- und Sekundärrecht rekonstruiert.<sup>19</sup> Es wird inhaltlich bestimmt, welche Vorstellungen die EU im Hinblick auf die Ökonomie entwickelt hat. Dieses „Skript“ der EU (vgl. Jachtenfuchs 2002) wird in einem zweiten Schritt anhand international erhobener, repräsentativer Bevölkerungsumfragen operationalisiert. Dies ermöglicht den Vergleich der Vorstellungen der EU zur Gestaltung der ökonomischen Sphäre mit den Werten und Einstellungen in den Mitgliedsländern, den Beitrittskandidaten und der Türkei. Die vorliegende Arbeit geht also der Frage nach, wie stark die von der EU präferierte Wirtschaftsordnung von den Bürgerinnen und Bürgern der Mitgliedsländer und der Beitrittskandidaten unterstützt wird und ob es signifikante Unterschiede zwischen den Ländern gibt. Ihr Hauptaugenmerk liegt dabei auf einer sinnvollen Klassifikation der Länder anhand ihrer Wirtschaftskulturen. In einem dritten Schritt werden die gefundenen Gemeinsamkeiten und Unterschiede zu erklären versucht.

## 1.2 Fragestellung und Vorgehen

Die Ökonomie ist eines der wichtigsten und am weitesten integrierten Bereiche der Europäischen Vereinigung (Lepsius 1999). Auch wenn die Gründung der Vorläufer der EU, etwa die Montanunion oder Euratom, aus den Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges heraus vor allem politisch motiviert war, handelte es sich im Grunde doch um wirtschaftliche Zusammenschlüsse. Versuche einer darüber hinausgehenden Zusammenarbeit schlugen dagegen zunächst fehl.<sup>20</sup> Bis heute sind die Europäischen Gemeinschaften als wirtschaftliche Säule der Europäischen Union der zentrale Bestandteil des europäischen Regelwerks (Lane 2002). Der europäische Wirtschaftsraum ist nicht nur politisch und rechtlich, sondern auch was die im engeren Sinne ökonomische Dimension angeht, wesentlich stärker integriert als etwa die ebenfalls wirtschaftlich ausgerichteten Zusammenschlüsse NAFTA oder ASEAN.<sup>21</sup> Auch die Erweiterung der EU wurde vor allem unter wirtschaftlichen Aspekten diskutiert. Die wirtschaftliche Kompetenzfähigkeit und das Vorhandensein einer funktionstüchtigen Marktwirtschaft gehörten zu den zentralen Themen der Beitrittsverhandlungen und sind Voraussetzung für die Aufnahme in die EU (Kommission 2002a). Aufgrund der Wichtigkeit der Ökonomie gibt es bereits entsprechend viele Forschungen zum Thema.

---

<sup>19</sup> Da der Ratifizierungsprozess ins Stocken geraten ist, wird der Verfassungsvertrag der EU nur illustrierend herangezogen.

<sup>20</sup> Die sogenannte Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) wurde z.B. 1954 von der französischen Nationalversammlung gekippt.

<sup>21</sup> Vgl. hierzu etwa den Globalisierungsatlas der *Le Monde diplomatique* (2003). Gerhards und Rössel (1999) weisen ebenfalls darauf hin, dass Globalisierung der Ökonomie in Europa vor allem eine Europäisierung bedeutet.